

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 24.

Sonntag den 17. Juni.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

### Bild gewordene Schutzzöllner.

Wie der Konkurrenzneid und die Sucht nach Gewinn blind macht, das lehrt eine von dem Vorstand des „Verbandes Deutscher Cigaretten-Fabriken“ an den Reichstag gerichtete Eingabe, die bescheidenweise als „ein sachverständiges Gutachten“ bezeichnet wird. Welchen Wert aber dieses „Gutachten“ hat, werden die Leser aus folgendem erkennen.

Da bei Kennern der politisch-parlamentarischen Verhältnisse kein Zweifel darüber besteht, daß, wenn die Frage der Verzollung ausländischer Tabakfabrikate im Reichstag ernsthaft in Beratung gezogen wird, sofort auch eine Zollserhöhung auf ausländischen Rohtabak von verschiedenen Seiten befürwortet und verlangt wird, so ist es selbstverständlich klug gehandelt, den Tabakindustriellen zu raten, die Frage einer anderen Besteuerung des Tabaks nicht anzuschneiden.

Das paßt nun den Herren Cigarettenfabrikanten nicht, die sich die ausländische Konkurrenz völlig vom Halse schaffen möchten. Rund und nett sagen sie in ihrem „Gutachten“:

„Nun beantragen aber wir Cigarettenfabrikanten, den Zoll von 270 Mk. pro Metercentner auf 1000 Mk. zu erhöhen, wodurch 9 Mk. per Kilo Zollschuß geschaffen würde, was gar nicht sehr viel wäre, denn Rußland hat volle 18 Mk. Zollschuß für Cigarren und Cigaretten und die nordamerikanische Union noch viel mehr, von den Monopolstaaten zu Schweigen.“

Gleichzeitig müßte der Zoll für sämtliche anderen Tabakfabrikate von 180 Mk. etwa auf 600 Mk gebracht werden.

Sobann ergibt sich:

Jetziger Import von Cigarren und Cigaretten	6600 Metercentner à 270	1782000 Mk.
ermünschte Mehreinnahme		2000000 „
— 3782 Metercentner à 1000		3782000 Mk.

das heißt, es könnte der Import um 42 $\frac{7}{10}$  Prozent sinken, um immer noch 2 Mill. Mark Mehreinnahme zu geben, nicht gerechnet das Mehr, was durch Rauch-, Kau- und Schnupftabak zufließen würde.“

Natürlich ist es den bescheidenen Herren weniger um die zwei Millionen Mehreinnahme für das Reich zu thun, als vielmehr darum, sich ein konkurrenzfreies Absatzgebiet in Deutschland zu schaffen.

Ob dies aber erreicht würde, ist, nach der Argumentation des „sachverständigen Gutachtens“ zu urteilen, höchst zweifelhaft. Prahlend wird in Fettdruck behauptet, die Forderungen der Cigarettenfabrikanten bedeuteten „mindestens 2 Mill. Mark Mehreinnahme für das Reich und Arbeitsgelegenheit für weitere 800—1000 Menschen.“

Unmittelbar auf diese Behauptung folgt aber die weitere: „Die neue Last würde im wesentlichen getragen werden durch die reichen oder verschwenderischen Raucher teurer Importcigarren und Cigaretten, also im gewissen Sinne starke Schultern. Zum großen Teil würde sie auch zurückfallen auf die Fabrikanten in Cuba, Ägypten, Rußland u. mit noch viel breiterem Rücken.“

Wie nun? Wenn „zum großen Teil“ die ausländischen Fabrikanten die Last tragen, dann müßten sie das Fabrikat verhältnismäßig billiger liefern. Dann wird es aber nicht um den erhöhten Zollfuß verteuert und die „reichen oder verschwenderischen Raucher“ werden, wenn sie nun einmal höheren Genuß darin finden, es weiter kaufen; ihre Mittel erlauben ihnen das auch zu thun, wenn das Fabrikat um den gewünschten Zollfuß verteuert würde.

Nun werden die Herren sagen, dann nimmt das Reich noch mehr ein. Aber wo bleiben sie dann und die schöne Arbeitsgelegenheit für „weitere 800—1000 Menschen?“

Lächerlich — die Eingabe als ein sachverständiges Gutachten zu bezeichnen; demagogisch — den eigenen Konkurrenzneid und die Gewinnsucht mit einer zur Schau getragenen Gewogenheit für die Arbeiter zu verdecken! Solche „Gutachten“ können die größten Zollwüteriche nicht vernutzen.

Und die Regierung?  
„Importen bringen nichts“ — sagte seiner Zeit Graf Bismarck.

### Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Zu Pfingsten wurde in Frankfurt a. M. der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands abgehalten. Auf demselben bestätigte es sich, daß, wie wir bereits in voriger Nummer des Tabak-Arbeiters mitteilen konnten, mehrere Richtungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich entgegenstellen. Zum besseren Verständnis der Vorgänge auf dem Kon-

gress verweisen wir die Leser auf diesen Artikel in Nr. 23. Die Verhandlungen rechtfertigen durchaus die Stellung, die wir bisher der ursprünglich von katholischen Geistlichen ins Leben gerufenen Bewegung, die in ihrem Verlauf freilich den Gründern mitunter wider den Strich läuft, eingenommen haben. Doch hören wir!

Ueber den Stand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften referierte Brust-Altneffen. Danach giebt es gegenwärtig folgende auf christlicher Grundlage organisierte Berufsvereinigungen: Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter mit 25 500 Mitgliedern, Berg-Eisen-Metallarbeiter des Siegerlandes 11 500, Steinarbeiter im Siebengebirge 500, Niederrheinische Textilarbeiter (Arefeld) 8 500, Textilarbeiter W.-Glabach 6 000, Textilarbeiter Aachen 2 900, Textilarbeiter Bocholt 1 500, Textilarbeiter Düren 790, Textilarbeiter Eupen 780, Ziegler Lippe 4 025, Metallarbeiter Deutschlands 4 000, Blei-, Zink-, chemische Arbeiter (Stolberg) 1 900, Bauhandwerker (W.-Glabach) 600, Christliche Maurer Deutschlands 4 200, Gerberei-Arbeiter (Siegen) 300, Badische Eisenbahnarbeiter 6 240, Württembergische Eisenbahnarbeiter 5 230, Gewerkschaftskartell Württembergs 1 194, Holzarbeiter Deutschlands 2 300, Tabakarbeiter Geldern 800, Arbeiterschütz Freiburg 400, Schuhmacher Frankfurt a. M. 15, Schuh- und Lederindustrie der Pfalz 500, Thongruben-Arbeiter Pfalz 75, Schuhmacher Köln 35, Schuhmacher Würzburg 100, Schneider Würzburg 30, Arbeiterschütz München 2 420, Sektion der Schneider München 85, Sektion der Schneider Arbeiterschütz Berlin 50, Sauerländische Metallarbeiter 2 100.

Diese Organisationen mit zusammen 84 129 Mitgliedern sind auf dem Kongress vertreten, und zwar durch 63 Delegierte. Nicht vertreten sind der Verband deutscher Eisenbahner (Trier) mit 25 650 Mitgliedern, bayerische Eisenbahner 25 000, bayerische Textilarbeiter 2 600, Textilarbeiterinnen Aachen 300, Eupen 300, Wipperfirth 130, Uhrenindustrie Dillingen 520, Christlicher Arbeiterverein: Gegenseitige Hilfe (Beuthen) 13 000, Arbeiterschützvereine Berlin 300, Regensburg 300, Amberg 200, Augsburg 360, Schuhmacher Düsseldorf 200. Das sind 13 Gewerkschaften mit 68 480 Mitgliedern, so daß die Gesamtzahl der auf christlicher Grundlage organisierten Arbeiter 152 615 beträgt.

Brust konstatierte ein erfreuliches Wachstum der christlichen Gewerkschaftsbewegung, tadelt aber die Gründung von Sonderorganisationen; er ist für Centralverbände und ist ärgerlich, daß man ihn von Aachen aus (Immele) mit Gründung von Sonderorganisationen zwischen seine Bemühungen für die Centralisierung gefahren sei.

Alle Redner sprachen sich für die centralistische Organisation aus, und die Württemberger entschuldigten sich für ihre lokale Organisation mit den Verhältnissen des Landes (?), ihr Streben sei auch, der Centralorganisation zur Anerkennung zu verhelfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält fest an den Beschlüssen des ersten Kongresses bezüglich der Centralisation der christlichen Gewerkschaften, wobei den damals bestehenden Lokalverbänden für einzelne Berufe sowie auch den Vereinen Arbeiterschütz der breitere Spielraum gelassen wurde. Die Centralisation der Gewerkschaften hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht und soll damit auch in Zukunft fortgeführt werden. Wo in Ländern schon Centralorganisationen für bestimmte Berufe bestehen, sind diesen die Arbeiter zuzuführen und keine Sonderorganisationen mehr zulässig. Wo solche doch noch nach dem ersten Kongress gegründet wurden, sind sie von dem Verbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und dessen Kongressen auszuschließen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Ausbau der christlichen Gewerkschaften, referierte Ellert vom Verband der lippschen Ziegler. Es handelt sich hierbei um die Schaffung einer einheitlichen Leitung der christlichen Gewerkschaften, ähnlich der Generalkommission der freien Gewerkschaften, um die Anstellung eines besoldeten Sekretärs und die Einführung eines Verbandsorgans. Der Referent legt eingehend die Notwendigkeit und die Aufgaben einer einheitlichen Leitung dar, er will, wie die christlichen Gewerkschaften in Süddeutschland sich zu einem Kartell zusammengeschlossen haben, einen solchen Zusammenschluß auch für Norddeutschland. Dem wird von anderer Seite entgegen gehalten, daß nicht für den Norden und den Süden gesonderte Leitungen bestehen dürften, sondern daß die Leitung einheitlich für ganz Deutschland sein müsse.

Daran schloß sich eine lange Debatte, in der wohl die einheitliche Leitung Anerkennung fand, aber auch der größeren Opfer dafür gedacht wurde.

Roth-Stuttgart schneidet die Frage der „paritätischen“ Gewerkschaften an, die besonders von W.-Glabach aus propagiert würden. Er hält diesen Gedanken für verwerflich; damit gebe man die Grundlage alles bisherigen Strebens auf. Die christlichen Gewerkschaften seien nicht eine bloße Aushilfe für eine gewisse Zeit, sie vertreten eine Weltanschauung, die ewig bestehen bleibe und von der aus es keine Brücke gebe zu den „sozialistischen“ Gewerkschaften. (Beifall und Widerspruch.)

Brust ist demgegenüber der Meinung, daß die paritätischen

Organisationen das erstrebenswerte Ziel bleiben müßten; zuerst seien die Organisationen konfessionell gewesen, jetzt sei man interkonfessionell und es werde auch soweit kommen, daß man nur eine Organisation für alle Arbeiter kenne.

Ebenso ist Pech-Krefeld der Meinung, daß alle Arbeiter zusammengehören. Wenn die sozialistischen Führer es unterlassen, die Gewerkschaften als Mittel für ihre politischen Zwecke anzusehen, dann dürfen wir uns zu gemeinsamem Bunde die Hand reichen, dann ist auch die Frage der christlichen Gewerkschaften für uns erledigt.

Darauf wird beschlossen, diese Frage als letzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Am Dienstag legte bei Beginn der Sitzung die Kommission ihre Vorschläge über den Ausbau der christlichen Gewerkschaften vor. Sie lauten:

Die auf dem ersten Kongress in Mainz gewählte Gewerkschaftskommission hat den ihr gestellten Aufgaben nicht im vollen Umfang gerecht werden können. Es fehlte den Mitgliedern an der nötigen Zeit, wie auch an Geldmitteln, um der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung die Aufmerksamkeit und Förderung angedeihen zu lassen, die nach Umständen und Zeitverhältnissen nötig gewesen wäre. Es erscheint dringend geboten, für die christlichen Gewerkschaften einen engeren Zusammenschluß herbeizuführen unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände. Der Kongress beschließt die Bildung einer Gewerkschaftskommission, zu der die einzelnen Berufe nach Möglichkeit Vertreter entsenden, die aus ihrer Mitte einen Ausschuß, bestehend aus fünf Personen, wählt, die möglichst nahe beisammen wohnen. Dieser Ausschuß bildet die geschäftsführende Instanz, deren Thätigkeit von der Kommission überwacht wird. Als Organ der Kommission sollen zunächst zwanglose Mitteilungen aus dem Gewerkschaftsleben dienen; für die Organisationsarbeiten, die kein Organ haben, werden die in Württemberg erscheinenden Gewerkschaftsblätter eingeführt. Zur Leitung der Geschäfte wird ein besoldeter Sekretär angestellt; die Kosten werden von den Organisationen im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl aufgebracht, zunächst werden pro Jahr und Kopf 5 Pfennige erhoben.

Diese Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Ueber den Punkt Unterstützungsweisen referiert Gewerkschaftssekretär Braun-München. Der Redner hält erst dann die christliche Gewerkschaftsbewegung für aussichtsreich, wenn durch ein geregelter Unterstützungsweisen die Mitglieder an die Organisation gefesselt werden. Die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine in Süddeutschland haben ihre Mitglieder nur, weil sie ihnen materielle Vorteile bieten. Das muß auch für die christlichen Gewerkschaften maßgebend sein. Die staatliche Arbeiterversicherung genügt nicht, um den Arbeiter sicher zu stellen; was ihm hier geboten wird, wird ihm durch die verteuerten Lebensmittel zehnfach wieder genommen. (Die Steuerpolitik des Centrums führt zur Verteuierung der Lebensmittel. Red. d. T.-M.) Die Krone aller Unterstützungs-Einrichtungen ist für mich eine allgemeine Streikkasse für ganz Deutschland. Zwei Drittel alles dessen, was der Arbeiter an Verbesserung seiner Lage aufzuweisen hat, mußte durch Kampf und Streik errungen werden. Der Baum der christlichen Gewerkschaft muß nicht nur nach außen schön aussehen, vor allen Dingen muß seine Wurzel kräftig und gesund sein, und diese Wurzel ist unsere materielle Macht. Die Kräfte der Verbände sind für große Lohnkämpfe nicht ausreichend, da muß eine gefüllte Streikkasse da sein, um nötigenfalls auch einen Generalstreik bestehen zu können. Die Unternehmer müssen unsere Macht fürchten, sonst sind wir ohne Einfluß. Bis jetzt ist unsere Organisation ein Kartenhaus, das der erste Wind umstößt. Verleihen wir ihm Halt durch das Unterstützungsweisen, vor allen Dingen durch eine Streikkasse.

In den zu diesem Punkte angestellten Sitzungen ist nun merkwürdigerweise nicht im geringsten Bezug genommen auf die Vorschläge des Referenten. Das kommt daher, weil der Vorstand diese Resolutionen aufstellt, die dann der Gewerkschaftskommission überwiesen werden zur Ausföhrung, die in der Regel unterbleibt. Diese Sitzungen lauten:

1. Die Zahlung eines Sterbegeldes obligatorisch einzuführen gegen entsprechende Erhöhung der Beiträge zur Gewerkschaftskasse.
2. Kranfengeld-Zuschüssen fakultativ einzuführen. Die Einführung der Reiseunterstützung muß nach Art und Bedürfnis der einzelnen Berufe diesen vorbehalten bleiben. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist noch eine Frage der Zukunft, deren Durchführung sich in nächster Zeit in den christlichen Gewerkschaften wohl kaum ermöglichen läßt, doch ist es ihre Pflicht, das Interesse dafür in der Arbeiterschaft zu wecken und statistische Unterlagen zu beschaffen.

Diese Sätze werden auf einstimmigen Beschluß der Versammlung der Gewerkschaftskommission zur Durchführung überwiesen.

Zum vierten Punkt: Taktik der christlichen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen, referierte Breitenbach-Erfeld. Seine Gedanken sind folgende: Als Aufgabe der christlichen Gewerkschaften ist in erster Reihe zu nennen die Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen. Dieses Ziel ist zu erreichen durch Erhaltung und Erstrebung günstiger Arbeitsbedingungen, ohne die eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht möglich ist. Da diesen Bestrebungen der Arbeiter vielfach Widerstand seitens der Arbeitgeber entgegengesetzt wird, so sind Lohnstreiks häufig die

Folge. Diese werden um so schärfer, als auch die Unternehmer sich in Organisationen zusammenschließen, um den Arbeitern geschlossenen Widerstand zu leisten. Diesem Umstande Rechnung tragend, muß eine kluge Taktik bei Lohnstreiks beobachtet werden. Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Streik nicht prinzipiell, sehen aber darin das letzte Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben. Die christlichen Gewerkschaften sehen im Lohnkampf keinen Klassenkampf, vielmehr ein berechtigtes Streben der Arbeiterschaft, ihre Arbeitskraft zu einem günstigen Preise zu veräußern und suchen letzteres möglichst zu erreichen durch friedlichen Ausgleich mit den Arbeitgebern. Weiter ist zu dringen auf den Abschluß fester Vereinbarungen (Tarife), die Einsetzung von Schiedsgerichten und die Einführung eines Streikreglements. Ausstände wichtiger Art oder von prinzipieller Bedeutung sind nach Befinden der Gewerkschaftskommission von der Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften zu unterstützen.

Zu der Diskussion hierzu führte der Arbeitersekretär Giesberts-M.-Glabbad aus: Wir gehen mit den anderen Organisationen in praktischen Fragen Hand in Hand, und diejenigen, die von den christlichen Gewerkschaften erwartet haben, daß sie der übrigen Arbeiterschaft in ihrem Streben nach Besserung der Lage hindernd in den Weg treten, sind im Irrtum. Dazu sind wir nicht da; wir wollen, wo sich etwas erreichen läßt für die Arbeiterschaft, trenn zu unseren kämpfenden Brüdern stehen; allerdings erwarten wir, daß wir von der anderen Seite als gleichberechtigt anerkannt werden. (Beifall.)

Thomas-Wierfen findet, daß die christlichen Arbeiter sich zu sehr ducken und zu leicht bereit sind, bei Lohnkämpfen klein beizugeben. Wenn eine Forderung gerecht sei, müsse sie auch mit allen Mitteln durchgefochten werden.

Die zu diesem Punkt aufgestellten Leitsätze werden der Gewerkschaftskommission überwiesen.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung werden folgende Forderungen beschlossen, die durch die Gewerkschaftskommission den gesetzgebenden Körperschaften übermittelt werden sollen:

1. Ein gesetzlicher Maximal-Arbeitsstag von zehn Stunden für alle Arbeiter; 2. innerhalb dieser Grenze entsprechend der Schwere der einzelnen Berufe besondere Gesetze oder durch die Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitszeit auf neun oder acht Stunden; 3. für besonders gesundheitsgefährliche Betriebe gesetzliche Bestimmungen über Dauer der Arbeitszeit und Wechsel der Arbeit.

Nunmehr erfolgte die Erörterung über die Frage der „paritätischen Gewerkschaften“, gegen die sich die Nachener Richtung erklärt hat. Die Diskussion über diese Frage ging aus, wie das Hornberger Schießen, obgleich sie zuweilen sehr erregt geführt wurde, man ging über die Frage zur Tagesordnung über. Die Gladbacher Richtung hält es für klüger, sich mit den freien Gewerkschaften auf guten Fuß zu stellen, um bei schweren Lohnkämpfen deren Unterstützung zu haben. Die Nachener Richtung betont mehr den ursprünglichen Charakter der christlichen Gewerkschaften, die als Kampforganisationen gegen die Sozialdemokratie von der Centrumspartei begründet und gefördert wurden. Welche der beiden streitenden Richtungen ehrlicher in der Bewertung und Gestaltung der christlichen Gewerkschaften verfährt, wollen wir hier nicht beurteilen. Für die Gladbacher Richtung sprachen sich Brunt, Giesberts, Varn-Frankfurt und auch Besch-Srefeld aus, dessen Ausführungen in der Montagsdebatte über diese Frage charakteristisch sind.

Giesberts meinte, wenn die Unternehmer ohne Rücksicht auf Partei und Glauben zusammenhielten, müßten die Arbeiter dies auch thun. Jede Zerstückelung sei für die Arbeiter ein Unglück; es sei kein gesunder Gedanke, daß zwei oder mehrere Organisationen nebeneinander beständen. Wir können die 600000 Arbeiter in den freien Gewerkschaften nicht übersehen. Wenn wir in wirtschaftlichen Fragen mit den anderen Organisationen zusammengehen können, dann sehe ich nicht ein, weshalb wir uns nicht völlig vereinigen können, wenn erst die Organisationen Politik und Religion aus dem Spiele lassen und rein wirtschaftliche Berufsvereinigungen sind. Deshalb werden wir noch lange keine Sozialdemokraten.

Brust ist der Meinung, man könne aus der Gewerkschaftsbewegung das Wort christlich ruhig streichen, die Ueberzeugung und der Wille, an dieser Ueberzeugung nicht rütteln zu lassen, hänge nicht an Namen. Wir gehen mit den alten Verbänden in praktischen Fragen zusammen, weil wir wissen, daß in solchen Fällen diese Organisationen sich unparteiisch verhalten und sich von rein wirtschaftlichen Absichten leiten lassen. Warum sollen wir uns nicht auf immer mit ihnen vereinigen, wenn wir wissen, daß sie nichts als wirtschaftliche Zwecke verfolgen und Religion und Politik aus dem Spiele lassen. In die Organisation gehört weder die sozialistische noch die christliche Weltanschauung; wenn das offen anerkannt und ausgeübt wird auf beiden Seiten, dann fällt jeder Grund weg für fernere Trennung, dann muß die paritätische Gewerkschaft in ihr Recht treten.

Varn-Frankfurt hält die christlichen Gewerkschaften nur für ein Uebergangsstadium; die Vereinigung aller Arbeiter eines Berufs in der einheitlichen Organisation sei das erstrebenswerte, weil notwendige Ziel. Nebel habe sich jüngst für den Ausschluß von Religion und Politik aus den Gewerkschaften erklärt; das sei als ein Fortschritt gegen früher anzuerkennen, und es wäre gut, wenn die übrigen Partei- und Gewerkschaftsführer sich alle auf den Bebel'schen Standpunkt stellten, dann wäre ein großes Hindernis für die paritätischen Gewerkschaften beseitigt.

Dagegen äußern sich Verse-Vochum vom Verband der christlichen Bergarbeiter und Redakteur Roth-Stuttgart. Letzterer meint, der Gegensatz zwischen christlich und sozialistisch lasse sich nicht aus der Welt schaffen, und wer zugebe, daß die christlichen Organisationen noch etwas anderes zu erfüllen hätten, als bloß wirtschaftliche Aufgaben, der könne nie und nimmer für paritätische Gewerkschaften sein.

So viel von diesem Arbeiterkongress. Wir werden demnächst unsere Stellung zur Frage der „paritätischen“ oder „neutralisierten“ Gewerkschaften präzisieren. Die bürgerliche Presse betrachtet diese Vorgänge mit einem nassen und einem heiteren Auge. Die Meinung christlicher Gewerkschafter, für Lohnkämpfe sich mit den freien Gewerkschaften zu kartellieren, erregt die Befürchtung in ihnen, es könnte eines Tages eine gänzliche Fusion eintreten. Dagegen ist speziell die Kreuzzeitung sehr erfreut über die Aeußerung Breitenbachs, daß die christlichen Gewerkschaften im Lohnkampf keinen Klassenkampf sehen zc. (siehe oben). Mögen die Bürgerlichen sich darüber freuen, wir sehen darin ein Stück Unklarheit, die, wenn die christlichen Gewerkschaften noch mehr Lohnkämpfe durchzusetzen haben werden, sich schon noch verlieren wird. Denn die Unternehmer prägen diesen Kämpfen den Charakter als Klassenkämpfe auf. Der friedliche Ausgleich bei Lohnverträgen wird ja gerade von den Unternehmern verhindert. Hunderte von Beispielen beweisen das. Und wer das nicht kennt, wird es schon noch kennen lernen.

## Brief aus Amerika.

Newport, 22. Mai. Wie in einem früheren Brief angeführt, haben die Führer des Internationalen Maschinen-schlosserverbandes, dessen Mitglieder in Chicago, Cleveland und Paterson für Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden, Lohnerhöhung und Abschaffung diverser Mißstände zum Streik gegriffen hatten, dabei eine sehr verdächtige Rolle gespielt, indem durch das von denselben mit den Vertretern der Unternehmer getroffene Uebereinkommen, welches als ein „Sieg“ der Arbeiter ausposaunt war, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit erst ab Mai nächsten Jahres „versprochen“ ward, zudem die übrigen Punkte unerledigt blieben. Es sind inzwischen weitere Umstände bekannt geworden, welche das Gebahren jener Führer, die von einem „Generalsstreik“ im ganzen Lande gesehelt hatten, in weitere Beleuchtung setzen. Dieselben wollten, als sie die schlimme Wirkung ihres Verhaltens sahen (in Cleveland wiesen die Streiker jenes Abkommen schroff zurück, setzten dem dorthin gereisten Verbands-beamten den „Stuhl vor die Thür“ und streikten weiter), die Verhandlungen mit den Unternehmern wieder aufnehmen, doch erklärten nun deren Vertreter, daß es das „Grundprinzip“ ihrer Vereinigung sei, keine Verhandlungen zu führen, so lange Streiks und Lockouts im Gange sind. Jene bißen darauf in den sauren Apfel und erklärten die Streiks in Cleveland und Paterson als beendet. Derjenige am letzteren Platze ward als durch ein „Mißverständnis“ entstanden erklärt!

Es ward darauf, nachdem man über eine Woche lang in „Sitzung“ gewesen, vereinbart, daß ab 18. November die 9<sup>1/2</sup> ab 18. Mai nächsten Jahres die 9stündige Arbeitszeit eingeführt werden solle, während über die sonstigen Punkte nichts verhandelt. Die Unternehmer „verpflichteten“ sich, die Streiker je nach Bedarf wieder einzustellen, was involviert, daß die von ihnen inzwischen engagierten „Scabs“ ihre Plätze behalten; ferner ward vereinbart, daß Mitglieder beider Organisationen, welche sich weigern, dem Abkommen Folge zu leisten, je nach Umständen diszipliniert, suspendiert oder ausgestoßen werden sollen! Dem gegenüber klingt der Passus höchst sonderbar, welcher in einem Artikel der hiesigen Volkszeitung enthalten war und der lautete: „Im allgemeinen haben die Gewerkschaftsführer ein viel zu ausgeprägtes Bewußtsein von ihrer Verantwortlichkeit der Mitgliedschaft gegenüber, um auch nur ihren individuellen, persönlichen Einfluß in der besagten Richtung (Streiks zu inscenieren) geltend zu machen. Denn einen anderen Einfluß besitzen sie nicht. Es sind nicht die Führer, es sind die Massen, welche zu entscheiden haben, ob gestreikt werden soll oder nicht.“

Auch der Passus in einem früheren Bericht genannten Blattes über diese Angelegenheit erhält durch das schließliche „Resultat“ ein sonderbares Ansehen; denn da hieß es: „Schließlich aber sahen die Vertreter der Basse ein, daß sie mit Ausschüften und Winkelzügen nichts ausrichten könnten und sie verstanden sich dazu, ihre Association eine schiedsrichterliche Beilegung der schwebenden Differenzen zu empfehlen.“ — So wird den Arbeitern von der eigenen Presse die Sache unrichtig dargestellt!

Den „Bohrern von innen heraus“, die bekanntlich die Vorgänge des vergangenen Jahres in der Sozialistischen Arbeiter-Partei veranlaßten, indem sie die Stellungnahme derselben zu dem auf deren Konvention 1896 indostrierten gewerkschaftlichen nationalen Centralverband Socialist Trade and Labor Alliance mißbilligten, die Gründung derselben als ein verfehltes Unternehmen bezeichneten und oben angeführte Thätigkeit — Agitation innerhalb der „Pure- und Simple“-Gewerkschaften — wieder als das allein zum Ziele führende Mittel angewendet wissen wollten, haben neuerdings von Präsidenten des nationalen Verbandes dieser Gewerkschaften, der Federation of Labor, Gompers, einen zarten Wink erhalten, daß ihre Bohrversuche, von denen man übrigens seitdem verflucht wenig bemerkt hat, nicht erwünscht seien. In einem Rundschreiben des Genannten an die zur Federation gehörenden Organisationen heißt es nämlich: „Zu dieser Stunde ist ein Wort an unsere Gewerkschaftsgenossen nicht allein angebracht, sondern notwendig. Während der letzten zwei Jahre und speziell innerhalb der verfloffenen acht Monate hat die Gewerkschaftsbewegung einen ungeahnten Aufschwung genommen.“

Mit diesem wunderbaren Wachstum haben hier und dort etliche Personen versucht, sich in den Gewerkschaften einzunisten, und, um härtere Ausdrücke zu vermeiden, Zwecke verfolgt, die nicht zum Wohl und Besten der Sache sind, für welche die organisierten Arbeiter kämpfen. Selbstsüchtige politische Marktschreier und finanzielle Charlatane haben in manchen Organisationen versucht, ihr Unwesen zu treiben, hauptsächlich in solchen, die neu gegründet worden sind. Im Interesse unserer Mitarbeiter und zur Sicherheit unserer Bewegung, welche so viele Kämpfe gekostet hat und für die große Opfer gebracht worden sind, legen wir den Gewerkschaften ans Herz, auf ihrer Hut zu sein zc.“

„Harmlose Gemüter“ könnten annehmen, unter jenen „Marktschreibern“ seien solche Individuen zu verstehen, die in den Unions für die eine oder andere der groß- und kapitalistischen Parteien thätig sind; wer aber weiß, daß diese Unions von je das Operationsfeld solcher Leute waren und daß die Plattform der Federation selbst, durch den auf die Professions-, richtiger Schwanzpolitik bezüglichen Passus, deren Thätigkeit funktioniert, der weiß auch, daß es sich da lediglich um jene Personen handelt, welche die Gewerkschaften durch die Siphonarbeit des „Bohrens von innen heraus“ zur selbständigen politischen Aktion bringen wollen.

Streiks und Lockouts in der hiesigen Cigarren-industrie sind noch im Gange; der erstere dauert nun schon zehn, der letztere fünf Wochen.

## Rundschau.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter vor dem Reichstage. Der Reichstag beschäftigte sich in seiner vorletzten Sitzung mit einer der wichtigsten Rechts- und Verfassungsfragen, die ihn jemals beschäftigt haben — nämlich mit der Frage, ob den Einzelstaaten das Recht zusteht, durch Landesgesetze die Reichsgesetze aufzuheben, und die Ausübung der

reichsgefehllich gewährleisteten Rechte auf dem Wege der Landesgesetzgebung den Reichsbürgern zu rauben.

Diese Frage wurde klipp und klar gestellt in der sozialdemokratischen Interpellation bezüglich der Ausnahmegeetze, die binnen Jahresfrist in den Bundesstaaten Anhalt, Meuß i. L. und Lübeck erlassen worden sind und die das durch § 152 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich eingeführte Koalitionsrecht der Arbeiter für den Bereich dieser Bundesstaaten einschränken und thatsächlich vernichten.

Die Interpellation wurde in einer zweistündigen Rede Stadthagens vortrefflich begründet. Es wurde klar gelegt, daß die Bestimmungen der bekanntlich kläglich gescheiterten Zuchthausvorlage nun durch die Gesetzgebungskörper der Einzelstaaten den Arbeitern aufgebracht werden sollen. Die gegen die Reichsverfassung und -Gesetzgebung verstoßenden Verträge betr. Landesgesetzgebungen müssen abgewehrt und den Reichsgesetzen Achtung vor den reaktionären Partikularisten verschafft werden. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, hatte die Aufgabe, die Interpellation im Namen des Reichskanzlers zu beantworten und suchte die Reichsridrigkeit der fraglichen Gesetze in Zweifel zu ziehen. Er wurde aber juristisch über den Verstoß gegen die Reichsgesetze belehrt durch die Abgeordneten Wasserfmann (nationalliberal), der dem Reichskanzler sogar empfahl, die Frage noch einmal in Prüfung zu ziehen; durch Dr. Spahn (Centrum), der als Gegenmittel dem Reichstage empfahl, Reichsgesetze zu schaffen, die den Landesgesetzgebungen Dinge entzögen, die noch zweifelhafterweise von den Landesgesetzgebungen in ihren Wirkungskreis gezogen würden; ferner von den Abgg. Dr. Müller-Meiningen (freis.) und Heine (Soz.), die ihrerseits den rückwärts drängenden Partikularismus geißelten.

Eine so schwere Zurechtweisung hat die Reichsregierung selten erhalten. Kein Abgeordneter trat ihr zur Seite, nur der hanseatische Bundesratsvertreter für Lübeck suchte das läbliche Gesetz mit angeblich vorgekommenen Ausschreitungen bei Streiks zu rechtfertigen. Der sozialdemokratische Abgeordnete für Lübeck, Schwarz, wies aber unwidersprochen nach, daß seit der Zeit, ehe die Zuchthausvorlage im Reichstag eingebracht wurde, kein Fall von Ausschreitungen vorgekommen sei und darum das Gesetz ungerechtfertigt und rein willkürlich geschaffen worden sei. Kurz, die Regierung erlitt eine Niederlage, die Interpellation hatte im Hause einen vollen Erfolg und es werden die Einzellandtage sich hoffentlich hüten, weitere Vernichtungsverträge gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unternehmen. Anderenfalls würde der Reichstag sehr bald eingreifen. Zu thun ist sowieso noch sehr viel zum Schutze des Koalitionsrechts, wie die Verhandlungen über die Interpellation wieder hinreichend bewiesen haben. Und so war sie ein Mahnruf nach verschiedenen Seiten.

## Gewerkschaftliches.

Striegau. Der Zustand bei der Firma Scharnke dauernd unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Zinsterwade. Zugang nach hier ist wegen des Streiks zu vermeiden.

Miloslav (Bezirk Posen). Zugang nach hier ist streng fern zu halten, da hier für sämtliche Arbeiter Lohnabzüge stattfinden. Der Streik der Tabakarbeiter dauert unverändert fort.

Der deutsche Holzarbeiterverband hat über die beim letzten Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung eine Urabstimmung entscheiden lassen. An der Urabstimmung haben sich 42343 Mitglieder beteiligt; davon stimmten für Erhöhung 34919 = 82,47 Prozent und gegen Erhöhung nur 7424 = 17,53 Prozent der Abstimmenden. Dabei zeigte sich, daß die Mitglieder in kleinen Zahlstellen ebenso für eine Beitragserhöhung zu haben sind, also ebenso viel Opferwilligkeit zwecks Stärkung der Leistungsfähigkeit der Organisation zeigen, wie die Mitglieder in großen Zahlstellen.

Der Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission für 1899 weist aus: In der Kommission waren 62 Gewerkschaften mit 70723 Arbeitern vertreten, während für 1898 die Gesamtzahl der Mitglieder nur 54279 betrug. 41 Gewerkschaften mit 48 Berufsgruppen haben im Jahre 1899 Lohnkämpfe durchgeführt, wovon nach dem Bericht 23 mit vollem, 16 mit teilweisem Erfolg und nur 8 erfolglos für die Arbeiter geendet haben. Die Zahl der beteiligten Personen betrug 20878, die Zeitdauer 2261 Tage. Die gesamten Kosten beliefen sich auf 417899 Mk., hiervon sind durch die Organisationen 307626 Mk. aufgebracht worden. Der Bericht enthält eine Schilderung des Verlaufs der einzelnen Ausstände, sowie Mitteilungen über die Zusammensetzung und Thätigkeit der Gewerkschaftskommission.

Zu einem Arbeitersekretariat soll in Köln das Auskunftsbureau der Rheinischen Zeitung ausgebaut werden und die Eröffnung 1901 erfolgen. Die Gewerkschaften zahlen pro Mitglied 3 Pfg., die Partei einen festen Zuschuß.

Die Tabakarbeiterinnen in Oesterreich haben einen Anlauf zur Organisation genommen. In einem kurzen Zeitraum haben sich 3 Gewerkschaften für die Arbeiterinnen der Tabak- und Cigarrenfabriken konstituiert. Der Anfang wurde in Sternberg gemacht. Dort besteht seit Jahren eine gute politische Frauenbewegung, die Genossinnen nahmen an allen Veranstaltungen der Partei regen Anteil. Die Behörde machte lange Zeit Schwierigkeiten, wiederholt mußten die Statuten geändert werden, ehe die „hohe“ behördliche Bewilligung erreicht wurde. 130 Frauen ließen sich sofort in die Gewerkschaft einzeichnen und die Zeitung besteht durchwegs aus Arbeiterinnen. Nun besteht auch bereits in Bausch und in Neutitschein eine Fachorganisation der Tabakarbeiterinnen, alle drei Gewerkschaften zusammen haben etwas über 400 Mitglieder.

Allerdings bedeutet das wenig, wenn man weiß, daß der österreichische Staat in seinen 30 Tabakfabriken viele Tausende Arbeiterinnen beschäftigt. 90 Prozent von den 38547 beschäftigten Personen sind Frauen.

Wer aber glauben würde, daß die Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiterinnen gute sind, weil sie in staatlichen Betrieben arbeiten, würde sich einer argen Täuschung hingeben. Die Löhne beginnen unter 2 fl. in der Woche und steigen nur für wenige auf 6 fl. Die Behandlung ist in den meisten Fa-

brüden eine sehr brutale, nicht nur gemeinen Beschimpfungen, sondern auch Mißhandlungen sind die Arbeiterinnen ausgeüht. Selbst bei schwangeren Arbeiterinnen macht die Brutalität der Vorgesetzten nicht Halt.

**Anträge zur Generalversammlung.**

**Harburg a. G.:** 1. Die Generalversammlung möge beschließen, die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch einzuführen.  
2. Den Arbeitsnachweis bergefallt auszubauen, daß derselbe in allen Zahlstellen einzuführen ist.  
**Halberstadt:** 1. § 2 Abs. 1 folgende Fassung zu geben: Unterst. an solche Mitglieder, welche dem Verband drei Jahre ununterbrochen angehören und am Orte keine annehmbare Arbeit erhalten können.  
2. Die Generalversammlung nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen.  
**Liegnitz:** 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist versuchsweise einzuführen.  
2. Die Mitglieder, die aus dem Verbanne freiwillig ausscheiden oder mit Rest gestrichen werden, sind im Tabakarbeiter zu veröffentlichen.  
**Neu-Ruppin:** 1. Im § 10 Abs. 3: Bei nach außerhalb stattfindenden Umzügen trägt der Verein nur dann die Kosten, wenn die Entfernung von der Ortsgrenze an gerechnet mindestens drei Kilometer beträgt.  
2. Im § 19 Abs. 1: Alle drei Jahre findet eine regelmäßige Generalversammlung statt.  
3. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht einzuführen.  
**Rehna:** 1. § 9 dahin abzuändern, die Reiseunterstützung beträgt pro Tag 75 Pfg. und darf für höchstens zwei Tage ausbezahlt werden. Eine Tagesstour gilt, wenn 20 Kilometer zurückgelegt sind. Wenn die Entfernung größer von einer Zahlstelle zur anderen ist, so wird die ganze Tour nach Tagen berechnet und voll ausbezahlt. Bei denjenigen, die nachweislich auf Verschreibung per Bahn reisen, bleibt die Kilometerberechnung wie bisher bestehen.  
Jedes Mitglied kann im höchsten Falle für 67 Tage = 50,25 Mk. Reiseunterstützung pro Jahr erhalten. Motiv: Tagesgelder sind für alle Reiseunterstützungsempfänger etwas einheitliches, gleichzeitig wird eine Ueberanstrengung im Laufen unterlassen. Nach unserem jetzigen Statut wird zur Ueberanstrengung im Laufen angepornt. Auch muß Rücksicht auf diejenigen Kollegen, die unumgänglich eine weite Tour laufen können, genommen werden. In agitatorischer Hinsicht für den Verband versprechen wir uns viel Nutzen, wenn unser Antrag angenommen wird. Die Buchdrucker und Konditore haben ja stets nach Taggelbern die Reiseunterstützung bemessen, deshalb wird auch der Tabakarbeiterverband im allgemeinen Interesse nach unserer Ansicht auf thun, Taggelber einzuführen.  
2. Die Arbeitslosenunterstützung ist fakultativ einzuführen. Motiv wie in Nr. 23 von Zauer angeführt.

mache den Vorschlag, den Reisenden im Winter 3 Pfg. pro Kilometer, im Sommer 2 Pfg. zu zahlen. Ueber das Umzugsgeld sagte Rechner, daß gewöhnlich die Verheirateten für die Rechte der Arbeiter eintreten und da muß die Umzugsunterstützung gezahlt werden, weil da immer in irgend einer Art eine Maßregelung stattfindet. Rechner erklärt sich im allgemeinen gegen die Vorschläge Sperbers. Dechand sagte, daß die Bevollmächtigten als solche nur persönlich sprechen und eventuelle Wünsche vorbringen. Auf dem letzten Verbandstag war die Meinung vorherrschend, den Mitgliedern mehr zu geben, aber nicht mehr zu zahlen. Das ist eine ungeheure Finanzwirtschaft. Die Tabakarbeiter zahlen die höchsten Unterstütsungssätze. Wir zahlen bei einer Mitgliedschaft, für welche 5,20 Mk. an Beiträgen bezahlt wurde, 186,50 Mk. an Unterstütsung, und das ist ein guter Satz. Rechner ist der Meinung, nur Umzugsgeld zu gewähren, wenn der Nachweis erbracht ist, daß für den Betreffenden am Ort keine Arbeit vorhanden ist. Börner steht auf demselben Boden wie Dechand und Sperber und meint, daß man mit den Geldern, die man einnimmt, zu rechnen hat. Wegen des Umzugsgeldes ist es doch nicht angebracht, Mann, Frau, Vater und Mutter Reisegeld zu gewähren. Es sprach hierzu noch die Kollegen Rebs, Götting, Herholz und Müllermeier. Börner beantragt, eine Kommission oder die Bevollmächtigten zu ernennen, um eventuell eine Vorlage zur Uenderung des Statuts nach dem Gehörten auszuarbeiten. Dechand erucht den Kollegen Börner, davon Abstand zu nehmen, den Bevollmächtigten den Auftrag zu geben. Er ist der Meinung, die Mitglieder mögen in der nächsten Versammlung selbst Anträge stellen. Müllermeier ist für eine Kommission. Dechand wendet sich abermals dagegen, die Bevollmächtigten seien unter sich nicht über verschiedene Fragen einig. Börner zieht seinen Antrag zurück. Anträge sollen den Bevollmächtigten rechtzeitig zur Sichtung zugesandt werden. Börner bemängelt, daß bei Berichten über Streiks gesagt wird, siehe im Bericht; es solle gesagt werden, siehe Nr. 30 und 30. Rabe stellt den Antrag, den Ueberschuß vom Stiftungsfest den streikenden Tabakarbeitern zu überweisen, was auch angenommen wurde. Ferner stellt derselbe den Antrag, dieses Jahr wieder ein Stiftungsfest zu veranstalten. Dies wurde angenommen. Das Vergnügungskomitee besteht aus folgenden Kollegen: Rabe, v. Gledten, Müllermeier, Roste, Butry. Bezüglich des Arbeitsnachweises wurden gegen einzelne Kollegen schwere Vorwürfe gemacht, und wird wohl dies genügen, um Uenderung zu schaffen. Hierauf Schluß 1/2 1 Uhr.

**Finsterwalde.** Der Streik der hiesigen Tabakarbeiter, der jetzt die neunte Woche währt, ist in seiner Lage noch unverändert. Die Haltung der Streikenden ist noch müherhaft, und die Hoffnung der Fabrikanten, daß nach der Pfingstfeierlagen die Streikenden umfallen und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen würden, ist zu Schanden geworden, nicht ein einziger hat ihnen den Gefallen getan. Man hat auch gedroht, den Angehörigen der Streikenden, wenn letztere die Arbeit nicht aufnehmen wollten, etwaige Armenunterstützung zu entziehen, doch auch diese Drohung hat nicht gewirkt. Im allgemeinen ist die Sympathie der hiesigen Bevölkerung auf Seiten der Streikenden. Leider werden an einzelnen Orten für hiesige Fabrikanten Cigarren angefertigt, wir bitten die Kollegen, jetzt ein wachsame Auge zu haben, und sobald sie etwas gewahr werden, uns sofort in Kenntnis zu setzen, dagegen Stellung zu nehmen und sich mit uns solidarisch zu erklären, wie es an einzelnen Orten zum Schaden des betreffenden Fabrikanten schon geschehen ist. Am letzten Donnerstag fand eine gutbesuchte Streikerversammlung statt, in der der Herr Bürgermeister dahin zu wirken suchte, dem Streik ein Ende zu machen. Es wurde aber eine Resolution angenommen, die dahin lautet, den großen Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen.

Wir bitten, Zugang, wie bisher, streng fernzuhalten. Sendungen und Anfragen sind an H. Bernst, Babergasse 2, zu richten.

**Heidelberg.** Am 1. Juni fand hier in der Gastwirtschaft von Schuh u. Demmer eine Versammlung der Tabakarbeiter statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, die mit den Herren der Firma N. Mary Söhne, Heidelberg, wegen Lohn-erhöhung verhandelte; 2. Errichtung einer Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbandes für Heidelberg; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt nahm H. Schmitz das Wort und berichtete über das Ergebnis der Verhandlung, die am 29. Mai mit den Herren der Firma und den drei Kommissionsmitgliedern Köhler, Chenau und Schmitz stattgefunden hatte, und das folgendes ist: Die Firma N. Mary Söhne, hier, zahlt einen Arbeitslohn von 7 Mark 50 Pfg. an bei freier Zurechtung an gelernte oder geübte Cigarrenarbeiter und Arbeiterinnen. Hier sei noch bemerkt, daß die Herren N. Mary Söhne die ersten hier am Platz und in der Umgegend jetzt waren, die ihren Arbeitern eine Lohnhöhe gewährten. In der Versammlung am 27. Mai, die in der Karlsburg hierseits abgehalten, wurde festgestellt, 1. daß die Herren obgenannter Firma keinen Druck auf die organisierten Arbeiter ausgeübt haben; 2. daß den bundes-rätlichen Bestimmungen die Arbeitsräume hinsichtlich der sanitären Verhältnisse entsprechen, daß dieselben hoch und geräumig sind, deshalb vollkommen genügen; 3. Hausarbeit an Cigarrenarbeiter oder Arbeiterinnen wird von der Firma N. Mary Söhne nicht ausgegeben. Vorstehende Bedingungen wurden von den Dresdener Kollegen gestellt, behufs Geschäftsverbindung der Firma N. Mary Söhne mit den Konsumvereinen, von welcher Firma es irrtümlich hieß, daß sie diese Bedingungen nicht erfüllt hätte.

Vorstehender Bericht wurde von der heutigen Versammlung einstimmig für richtig und wahrheitsgetreu anerkannt.  
Die Kommission:  
Philipp Köhler. Franz Chenau. H. Schmitz.

**An die Bevollmächtigten des Tabakarbeiter-Verbandes und des Vereins deutscher Cigarrensortierer.**

Der Vorstand des Vereins deutscher Cigarrensortierer versandte im Einverständnis mit dem Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes an die Bevollmächtigten einige statistische Fragebogen, die wohl alle in Eurer Hände gekommen sind. In dem hierdurch nochmals auf den eminenten Wert einer solchen Statistik hinweisen, ersuchen wir, die Fragebogen bis zum 1. Juli d. J. möglichst genau ausgefüllt und in möglichst großer Zahl an untenstehende Adresse einzusenden. Wird diese Statistik gut ausgefüllt, so wird dieselbe ein Bild von der Lage der Cigarrensortierer und Ristenmacher, ihr Verhalten zur Organisation und was das wichtigste ist, über die Lehrlingsfrage geben, was der Allgemeinheit der Kollegen und den Organisationen nur von Vorteil sein kann.

Sollte irgend ein Bevollmächtigter übersehen sein, oder wünscht an Orten, wo keine Zahlstelle ist, irgend ein Kollege die Fragebogen, so können dieselben ebenfalls von uns jederzeit bezogen werden.

Der Vorstand des Vereins deutscher Cigarrensortierer.  
J. A.: Karl Kruschold,  
Hamburg 6, Schäferstraße 17/19.

**Litterarisches.**

**Gesundheitschutz im Staat, Gemeinde und Familie.** Herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Würm. (Im Erscheinen Spritzen.) Das vorliegende Werk, das in gemeinverständlicher Sprache und unterstützt durch zahlreiche Abbildungen im Text wie durch farbige Tafeln den großen Volksmassen zeigt, welche Forderungen sie zur Erhaltung ihrer Lebenskraft zu erfüllen und zu stellen haben, berücksichtigt nicht nur die private Hygiene, die Gesundheitspflege, die jeder sich selbst angeeignet lassen soll und kann, sondern auch die soziale, die durch Staat und Gemeinde zu gewähren ist. Der Gesundheitschutz wird in allen Familien ein treuer Berater sein, er sollte daher auch

in keiner Familie fehlen, und hoffen wir, daß das zeitgemäße Thema und die sehr zweckmäßige Durchführung desselben seitens des Herausgebers in der Bevölkerung ein gutes Entgegenkommen finden wird. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfg. erscheinen und in 25 Hefen komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Colporteurs entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft. (F. H. B. Dieß Nachf., Stuttgart.) — Werkstatt-Colporteurs können bei der Verbreitung dieses Lieferungsverkes einen schönen Nebenverdienst erzielen. Falls Colporteurs oder Buchhändler nicht in der Nähe, wende man sich direkt an den Verlag. Sammelmateriale (Hef 1) und Subskriptionslisten gratis.

**Stadthagens Arbeiterrecht.** Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Unentbehrlich für jeden Arbeiter und Geschäftsmann. Preis komplett geb. 5,50 Mk. (F. H. B. Dieß Nachf., Stuttgart.)

**Veranstalt.**

**Central-Kranken- und Sterbefasse der Tabakarbeiter Deutschlands.**

Geschäftslokal: Hamburg-Ohlenhorst, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:

Osternode	100,—
Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:	
Bremen	600,—
Durch die Hauptkasse erhaltenes Krankengeld:	
M. Röber in Döbeln	14,40
A. Fiedel, Steinsefersdorf	10,80
Hamburg, den 11. Juni 1900.	

Summa 121,50

**Beigetreten sind:** In Barmbeck: E. Hühner aus Hamburg. Abt.: J. Niemann, Kollstraße 14, I. (Hohenfelde). Bremerhaven: C. Klafsch aus Neumünster 1. W. Abt.: A. Hampel, Geestemünde, Kleine Straße 1. **Durlach:** Sophie Kührer aus Durlach, Salobine Grauer aus Hohenwetterbach, L. Friß aus Speyer, B. Sauer aus Rinklingen, G. Wöfner aus Röllingen. Abt.: J. Demand, Auerstraße 13 (H. G.). **Goldberg (Schlesien):** F. Schubert aus Breslau, Marie Schubert aus Georgenthal. Abt.: W. Sydow, Junkerstraße 227. **Groß-Anheim:** Kath. Knoch aus Groß-Anheim. Abt.: C. Neus, Lange Straße 28. **Hastedt:** Aug. Kröger aus Welgen, Adelheid Dietzen aus Hastedt. Abt.: R. Siedmann, Deichstraße 6. **Seiffen:** H. Schmelle aus Cönnern a. S. Abt.: R. Hefz, Badstraße 54. **Wesl.-Oderndorf:** W. Wolf aus Nachlich (J. 4 N. 2. Kl.). Abt.: L. Gebhardt. **Lübbecke:** R. Lüdt aus Böhlhofs, J. Lüttermann, W. Weltpott aus Lübbecke. Abt.: W. Fretthold, Thonstraße 149. **Verden:** J. Diertrag, D. Neefe aus Verden, Marie Sandrock aus Eschwege (J. N.). Abt.: E. Heinrich, Neumühlener Weg 1. **Züllschau:** E. Rittsche aus Züllschau (J. N. 1. Kl.). Abt.: C. Wirschan, Neue Straße 445. Hamburg, den 11. Juni 1900. S. Senf.

**Bilanz für das 1. Quartal 1900.**

Einnahmen:	
Kassenbestand vom 31. Dezember 1899:	
In den örtlichen Verwaltungen	30 416,77
In der Hauptkasse	287 521,13
Regelmäßige Beiträge	87 151,40
Sonstige Einnahmen	485,69
Zinsen belegter Kapitalien	3 359,94
Summa	408 934,93
Ausgaben:	
Für ärztliche Behandlung	11 909,88
Arznei und sonstige Heilmittel	10 809,55
Krankengelder und Kurokosten	85 936,06
Sterbegelder	4 761,—
Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben	5 888,35
Kassenbestand am 31. März:	
In den örtlichen Verwaltungen	26 088,—
Bei der Hauptkasse	263 547,09
Summa	408 934,93
Netto-Einnahme	90 997,03
Netto-Ausgabe	119 304,84
Mehr-Ausgabe	28 307,81
Gesamtvermögen am Ende des 1. Quartals	289 630,09
Hamburg, 10. Juni 1900.	
Die Revisoren:	
J. Niemann. G. Behrmann. M. Henning.	

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

**Joh. Fern. Junge,** Vorsitzender, Bremen, St. Jürgen-Str. 53.

Für den Vorstand bestimmte Zeitschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederweland, Bremen, Martinistraße 4, II.

Für den Auspruch bestimmte Zeitschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

**Bekanntmachung.**

Für den 28. Agitationsbeginn ist J. Günther in Eschwege, Neustadt 10, als Obmann gewählt.

Das auf den Namen **Adrianus Kramer** aus Housden (Holland) lautende Buch Ser. II, 5208, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigunsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Die Bevollmächtigten sowie auch sonstige Kollegen, die die Adresse des **Herm. Richter** früher in **Kadeberg** kennen, werden ersucht, uns dieselbe mitzuteilen.

**Friedr. Härtel** aus **Glatz**, Buch Ser. II, 10557, hat in Dresden 1,38 Reiseunterstützung zu viel erhalten. Dieser Betrag ist in Abzug zu bringen und ein entsprechender Vermerk nach Erledigung der Sache im Mitgliedsbuch des Härtel zu machen. Der Vorstand ist in Kenntnis zu setzen, wenn der Betrag zurückgezahlt ist.

**Paul Langer** aus **Breslau**, Buch Ser. II, 26710, hat in Passau ca. eine Woche gearbeitet ohne sich anzumelden, ist dann auch ohne Abmeldung abgereist. Langer hat 1 M. Strafe und einen Wochenbeitrag zu zahlen und kann nach der Abreise von Passau keine Reiseunterstützung erheben.

**Peter Gress** aus **Düsseldorf**, Buch Ser. II, 5464, ist ohne Abmeldung von Barel abgereist. Derselbe kann keine Unterstützung nach der Abreise von Barel erheben.

**Bremen. Der Vorstand.**

Vom 5. Juni bis 11. Juni 1900 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
5. Juni Hamburg	200,—
6. Juni Striegau	122,—
6. Juni Ahim	200,—
10. Juni Otzen	400,—
11. Juni Neu-Ruppin	100,—
11. Juni Hastedt	150,—

**Berichte.**

**Berlin.** Am 23. Mai fand hier die Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Zahlstelle Berlin) mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rechnungslegung vom ersten Quartal 1900; 2. Vorbesprechung zur diesjährigen Generalversammlung; 3. Derliche Angelegenheiten. Der erste Bevollmächtigte, Dechand, eröffnete die Versammlung um 1/10 Uhr, worauf das Protokoll der vorigen Versammlung gelesen und in seiner Fassung für angenommen erklärt wurde. Hierauf erhielt der zweite Bevollmächtigte, Sperber, das Wort zur Abrechnung, die in Einnahme und Ausgabe mit 2762,78 Mk. bilanzierte. Ferner führte Sperber noch an, daß der gegenwärtige Mitgliedsbestand 383 männliche und 158 weibliche beträgt. Kollege Rabe bestätigte im Namen der Kontrollen die Richtigkeit der Abrechnung. Kollege Börner ist der Ansicht, daß es besser sei, von dem Kassenbestand, der 700 Mk. beträgt, Geld an die Hauptkasse zu senden. Sperber erklärte, daß dies schon geschehen sei und gegenwärtig nicht so viel Geld an Orte sei. Die Abrechnung datiert vom Anfang April. Nunmehr wurde dem Kollegen Sperber im Namen der Mitgliederversammlung Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt meinte Dechand, daß es besser sei, wenn die größeren Zahlstellen schon jetzt eventuelle Wünsche für Verbesserungen im Statut äußerten, um so den anderen Zahlstellen Gelegenheit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Der zweite Bevollmächtigte, Sperber, sagt, daß es des öfteren Gelegenheit habe, derartige Wünsche von den Mitgliedern zu hören, z. B. über die Reiseunterstützung, sowie das Umzugsgeld. Die Bescheidung der Reiseunterstützung sei jedenfalls nicht richtig, was die Auszahlung derselben am besten wissen und gab Rechner eine Uebersicht, wie es früher mit der Bezahlung war und wie es heute ist. Das Umzugsgeld sei wohl ein Ansporn, daß Verheiratete dem Verband beitreten, aber auch den Ledigen müsse etwas geboten werden, damit sie dem Verband beitreten. Seiner Meinung nach könne es mit der Unterstütsung so gehalten werden, daß, wer länger dem Verband angehört, auch eine längere Zeit Unterstütsung erhält. Rechner suchte dieses an Beispielen verständlich zu machen. Dem unumgänglich Umherziehen müßte ein Niegel vorgeschoben werden. Er wäre dafür, daß, wenn Mann und Frau dem Verband angehören, sie das volle Umzugsgeld erhalten, wenn eins nur Mitglied, dann nur die Hälfte. Ebenso müßte eine Definition gegeben werden, was eigentlich Umzugsgut ist. Dann meinte Rechner, daß es ungerührt sei, für Familienmitglieder das Jahrgeld zu bezahlen. Kollege Rebs wendet sich gegen die Ausführungen Sperbers, indem er sagte, eine Klaffenbezahlung wollen wir doch nicht. Würde man eine Bescheidung der Reiseunterstützung nach Maßgabe der Mitgliedschaft einführen, so würden bei einem eventuellen Streik, wenn die Ledigen abreisen und dann keine Unterstütsung mehr erhalten, diese bald Streibreaker werden. Rebs wünscht im Winter eine höhere Reiseunterstützung für die Reisenden, denn das wäre für die Ledigen ein Vorteil und auch für die Verheirateten. Es wäre sehr gut, wenn mehr Arbeitsnachweisstellen errichtet würden. Rechner

B. Freiwillige Beiträge:  
 5. Juni. Cottbus, W. Vogel (5. Rate), für Finsterwalde 10.—  
 9. Schwedt a. D., R. Günterberg, für Finsterwalde 30.—  
 „ Leisnig, P. Biehm, für Finsterwalde 9.70  
 Bremen, den 11. Juni 1900. **W. Nieder-Welfand,**  
 Martinstraße 4, II. Kassierer.

**Vom Vorstande sind ernannt:**

Für **Clausthal:** Wilhelm Steinhof als 1. Bev., Herrn. Hünge als 2. Bev., Anton Schriever als 3. Bev.; Frau Vertram als Kontrollleurin.  
 Für **Kirchheim:** Alfred Schnee als 1. Bev., Karl Ostertag als 2. Bev., Wilh. Fein als 3. Bev.; Christ. Boll als Kontrollleur.  
 Für **Heidelberg:** H. Schmitt als 1. Bev., P. Köhler als 2. Bev., R. Mau als 3. Bev.; J. Mac, P. Krambs, J. Schmitt als Kontrollleur.  
 Für **Cannenberg:** Max Diebe als 1. Bev.  
 Für **Osnabrück:** H. Theil als 2. Bev.  
 Für **Keilingen:** Emil Wegner als Kontrollleur.

**Provisorisch aufgenommen sind:**

Philipp Köhler aus Sandhausen, Philipp Ohmacht aus Heidelberg, Franz Chenaug aus Krefeld, Peter Krambs aus Kirchheim, Jakob Kirchgänger aus Kirchheim, Johann Kraus aus Walldorf, Karl Stürmer, Friedrich Stürmer, Georg Schmidt aus Rohrbach, Mathias Schwab aus Hügelschauen, Anton Weber aus Hügelschauen, Johann Gröfstenberger aus Wien, Theodor Veder aus Mühlhausen i. V., Karl Rau aus Heilbrunn, Karl Schäfer aus Schwepingen, Luise Vetter aus Karlsruhe, Anna Weber geb. Gramlich aus Baiertal, Barbara Rimpler, Barbara Krambs, Elise Ohmacht geb. Windisch aus Kirchheim, Susanna Weil geb. Zitel, Anna Berner geb. Dreiluft aus Wiesloch, Rosa Weber aus Schlierbach, Elisabeth Freudenberger geb. Winter, Barbara Renich geb. Schmidt aus Hügelschauen, Katharina Scheffner geb. Schumacher, Elise Schumacher aus Walldorf, Rosine Becht geb. Werner aus Eppelheim, Vittoria Müller geb. Ruth aus Jagtsfeld, Christina Bittich geb. Blätter aus Frankenthal, Margareta Bender geb. Schmidt aus Heidelberg, Christina Burtardt aus Sandhausen, Christina Wagner aus Rohrbach, Anna Schäfer geb. Bender aus Wehringen, Anna Englert aus Gundelsheim, Barbara Schmidt geb. Knab aus Rauberg, Marie Stern geb. Becht aus Keilingen.  
 Georg Gottschall aus Halberstadt. (162)  
 Max Brade aus Colatz i. Pom. (24)  
 Joh. Blunt aus Ottenen. (48)  
 Emma Schmidt, Arthur Kunze aus Delitzsch. (74)  
 W. Wohlte aus Schwerin a. W. (3. R.), Adolf Will aus Schönlanke. (308)  
 Herrn. Hamm aus Meltdorf, Louis Häfeler aus Burg b. Magdeburg, Jakob Wolf aus Hüh. (144)  
 Wads Christensen aus Habersleben. (156)

Heinr. Reisnig aus Mörz (3. R.), Melchior Henstra aus Arnheim. (258)  
 Heiner Engelhardt, Adam Waffert aus Vorch. (413)  
 Franz Hochmuth, Henriette Hochmuth aus Schöned. (326)  
 Aug. Hartmann, Luise Wiehle, Herrn. Bühring aus Bernigerode, Aug. Grupp aus Halberstadt. (365)  
 F. Bang aus Roskilde, Rippert, Kleinfelden aus Lübeck. (190)  
 Karl Stolze aus Kassel, Paul Schütz aus Breslau, Elise Merten aus Trefurt. (214)  
 N. Philip aus Freiberg. (386)  
 Herrn. Althage aus Blotho, Sebastian Grieser aus Kleinhausen, Friedr. Wister aus Emmerich, Aug. Gehrt aus Lemgo. (205)  
 Adolf Schulze aus Havelberg. (247)  
 Kaspar Thofing aus Helmarshausen (3. R.). (249)  
 Max Staate aus Leipzig. (35)  
 Juliane Napp, Fr. Kowalski aus Breslau, Herrn. Lehnert aus Liegnitz. (188)  
 Rich. Lehmann. (346)  
 Otto Lebenroth aus Helmstedt. (142)  
 Heinrich Engelhardt, Adam Waffert, Adam Bender, Georg Koch, Nikolaus Lotter, Kaspar Bummel, Sebastian Waffert, Nikolaus Wachtel, Konrad Koch, Philipp Heeb, Nikolaus Kummel, Valentin Waiberger, Anton Holzer, Franz Waiberger, Jakob Wiegand, sämtlich aus Vorch. (436)  
 Alfred Schneider aus Striegau. (302)  
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

**Bremen. Der Vorstand.**

**Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:**

In **Hannau:** Bei Gust. Kierich, Kl. Burgstraße 9.  
 In **Cannenberg:** Bei Florentin Kupfer. An Sonn- und Feiertagen von 11—1 Uhr mittags. An Wochentagen in der Schreiberschen Cigarrenfabrik.  
 In **Osnabrück:** Vom 1. Juli ab im Lokale des Herrn Kretemeier, Johannisstraße 45, Centralverkehr. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

**Mitgliederversammlungen.**

(Mitglieder, beachtet Euerer Versammlungen zahlreich!)  
 In **Kirchheim:** Sonntag den 17. Juni nachmittags 4 Uhr bei Gastwirt Kabe. Tagesordnung: Wahlangelegenheiten und sonstige Vereinsfachen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. J. A.: Der Bevollmächtigte.  
 In **Gera:** Sonntag den 17. Juni nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum Martinsgrund. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Dessau:** Sonnabend den 23. Juni abends 8 1/2 Uhr in Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Aufstellung eines Kandidaten zu derselben. 3. Wahl eines Herbergs-Kommissions-Mitgliedes. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Döbeln:** Sonntag den 17. Juni abends 1/9 Uhr in der Muldenterrasse Versammlung der Einzelmitglieder. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Aufstellung von Kandidaten zu derselben. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Vertrauensmann.

In **Lemgo:** Sonntag den 17. Juni nachmittags 2 Uhr beim Gastwirt G. Lübe, Breite Straße. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Aufstellung eines Kandidaten zu derselben. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Braunschweig:** Montag den 18. Juni abends 8 1/2 Uhr in Stadt Lüneburg, Wendenstraße. Tagesordnung: 1. Statutenberatung zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Leisnig:** Montag den 18. Juni abends 8 1/2 Uhr bei W. Manig. Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen ist sehr notwendig. J. A.: Der Vertrauensmann.

In **Spremberg:** Sonnabend den 16. Juni abends 8 1/2 Uhr bei Paul Biber. Tagesordnung: 1. Steuereinzahlung. 2. Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Halle a. S.:** Sonnabend den 16. Juni abends 8 1/2 Uhr in Korbs Restauration, Jakobstraße 22. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist der wichtigen Tagesordnung wegen dringend notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Waldheim:** Montag den 18. Juni abends 1/9 Uhr in der Junghansschen Restauration. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Hannau.** Die von auswärts nach hier zahlenden Mitglieder wollen ihre Beiträge an Gust. Kierich, Kl. Burgstraße 9, senden. An diese Adresse sind auch Zuschriften zu richten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Striegau.** Das Auslassen aus den Fabriken ist unteragt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Greiffenberg i. Schl.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß hier bis auf weiteres keine Reiseunterstützung ausgezahlt wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Hamburg.** Unser Verkehrslokal und Herberge ist bei v. Salzen, Kaffemacherstraße 6—7. Reiseunterstützung für Hamburg, Altona und Ottenen bei Th. Reimer, Kl. Freiheit 67, I. L., Altona.

**Altona-Ottensen u. Umgegend.** Unser Verkehrslokal befindet sich bei Ehler, Altona, Nordstr.

**Roh-Tabak-Lager Altona-Ottensen Hengfoss & Maak.**  
 Sumatra-Deckblatt, pr. Pfd. 160—500  $\delta$ , Umblatt 125—145  $\delta$ , Java-Decke 200 bis 300  $\delta$ , Umblatt 90—140  $\delta$ , St. Felix-Brasil 95—220  $\delta$ , Seedleaf 100—150  $\delta$ , Carmen 100—110  $\delta$ , Domingo 95—120  $\delta$ , Logut 85  $\delta$ , Havanna-Umblatt und Einlage 200—300  $\delta$ , Brasil, geschn., 85—100  $\delta$ , Mexico 2.50—4.—, Elsässer 70—85  $\delta$ .

**En gros. Roh-Tabak En détail. F. W. Helmecke, Magdeburg.**  
 Grosse Auswahl! Billigste Preise!  
 Preisliste gratis und franko.

**Roh-Tabak!**  
 Carl Roland, Berlin SO., Kottbuser Str. 3a  
 empfiehlt nur wirklich brauchbare Tabake, als: Sumatra, per Pfd. 1.60 bis 4.50; Java 95  $\delta$ ; Anfarbeiter 1 u. 1.10; reines Umblatt 1.30; Carmen 1.15; Brasil zu verschiedenen Preisen. Alle anderen Tabake, nur gesunde Ware, zu billigsten Preisen. Prompte und reelle Bedienung. Versuch lohnt.

**Roh-Tabak-Ausverkauf**  
 zu herabgesetzten Preisen.  
 Aufgabe des Geschäfts wegen Todesfall.  
**P. E. Platt & Söhne, Berlin N., Brunnenstr. 16.**  
 Aufzubewahren!

**Sumatra-Roh-Tabak.**  
 Decktabake. Ich will mein großes Lager in Sumatras schnell und gegen bar räumen. Deshalb offeriere ich zu meinen alten billigen Preisen, Versand nach ganz Deutschland gegen Nachnahme in Postpaketen oder in Ballen und gewähre den außergewöhnlichen hohen Diskont von 10 Prozent:  
 pr. Pfd.  
 Deli Matschy H, Vollblatt, weißer Brand 140  $\delta$   
 Pagoerawan S S I, groß, Mittelfarben 180 "  
 Paju Jambu Lankat, Vollblatt, gut deckend 200 "  
 Deli Tabak, Vollblatt, guter Brand 200 "  
 Deli Tabak Matschy S, Mittelfarben, gut deckender Tabak 230 "  
 Deli Cultur, feinfarbiges Vollblatt, 3. Länge 250 "  
 E P Pagoerawan S S S I, mittelfarb. bis hell 250 "  
 Deli Tabak Matschy Lankat S, gut. Brand und Deckkraft 250 "  
 Senembah Matschy B K, Vollblatt, reine herrliche Mittelfarben 280 "  
 L P C/T, erste Sortierung, hellere Farben 280 "  
 Senembah Matschy P, feine Farben und Brand, etwas geteigert 300 "  
 Deli Matschy E S S I, gut dec., Mittelfarb. 330 "  
 P D Deli, Vollblatt, rötlich hell, gut deckend 350 "  
 Amsterdamer Deli, hellrotes Vollblatt 375 "  
 St. Cyr Deli, hellrotes Vollblatt, fein. Tabak 400 "  
 B M Lankat L 2, feinste helle Farben 450 "  
 Alle meine anderen Umblätter und Einlage-Tabake liefere wie bekannt zu sehr billigen Preisen aber ohne Diskont!  
 Jeder, der billige u. gute Tabake kaufen will, um billig zu fabrizieren, sollte meine Offerte be-  
 wühen.

**Roh-Tabak.**  
 Große Auswahl. Billigste Preise.  
 Sumatra-Decke, pr. Pfd. 1.50, 1.80, 2.—, 2.20, 2.50, 2.75, 3.—, 3.25, 3.50, 4.—  
 Sumatra-Umblatt, pr. Pfd. 1.10, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50, 1.60, 1.70, 1.80, 1.90, 2.—, 2.25  
 Java-Decke, pr. Pfd. 1.50, 2.—, 2.25  
 Java-Umblatt, pr. Pfd. 0.90, 1.—, 1.20  
 Java-Einlage, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.85  
 St. Felix-Brasil, pr. Pfd. 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.50, 1.80, 2.40  
 Domingo-Umblatt, pr. Pfd. 0.85, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20  
 Carmen-Umblatt, pr. Pfd. 0.75, 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20  
 Seedleaf-Umblatt, pr. Pfd. 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30  
 Gemischte Einlage, nur aus überseeischen, gefunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. 0.70, 0.75, 0.80, 0.85.  
**Versand unter Nachnahme.**  
**Credit nach Uebereinkunft.**  
**Brandt & Sohn**  
 Bremen, Breitenweg 30.

**Roh-Tabak.**  
 Sämtliche zur Cigarrenfabrikation geeignete Roh-Tabake: Sumatras, Javas, Carmen, Felix, Domingo, Mexico etc. etc. verkaufe zu den billigsten Preisen.  
**Jedes Quantum wird verkauft.**  
 Versand nach auswärts geg. Nachnahme.  
**E. Erbe, Berlin**  
 Auguststrasse 36.

**Ein tüchtig. Sortierer,** der zugleich Cigarren-fabrikation, Arbeiter ist, möglichst verheiratet, findet dauernde und gute Stellung bei  
**C. L. Heugel, Ludau N. 2.**

**Achtung! Berlin.**  
 Dienstag, 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr  
**Oeffentl. Versammlung**  
 der  
**Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen**  
 bei Rüdman, Brunnenstraße 183  
 (nahe dem Robertaler Thor).  
 Tagesordnung: Der Streik in Finsterwalde.  
 Referenten: G. Bernst-Finsterwalde und Max Kiesel-Berlin.  
 Die Kommission der Tabakarbeiter.

Wer neue Ideen oder Erfindungen auf dem Gebiete der Cigarren-, Cigaretten- oder Tabak-Industrie hat, wende sich an  
**W. Hermann Müller**  
 Berlin O.  
 Alexanderstr. 22.

**Karl Rese, Bremen**  
 empfiehlt alle Sorten  
**Roh-Tabake**  
 billigst.

**Roh-Tabake**  
 in größter Auswahl zu billigsten Preisen empfiehlt  
**Albert Köhler**  
 Dresden-Neustadt, Rühnigasse 15.

**Roh-Tabak.**  
 Liefere Sum. Deckbl. Deli-Gewächs 3 Länge Vollbl. zu 80  $\delta$ , 2 Länge zu 1.— per 1/2 Ko. unver. Müster nur unter Nachnahme. Briefe u. S. 3256 erbeten an G. L. Danbe & Co., Hamburg.

**Alle Roh-Tabake**  
 in größter Auswahl, billigste Preise.  
 Unter Brand! Vorzügliche Qualität!  
**Sämtliche Utensilien**  
 z. Cigarrenfabrikation.  
 Sehr große Auswahl von Formen in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.  
**Heinrich Franck**  
 Berlin N., Brunnenstraße 185.  
 Man verlange illustr. Preisverzeichnis.

**Zwei tüchtige Roller** und zwei Wickelmacher für sofortigen Eintritt bei dauernder Beschäftigung gesucht. Rollerlohn 5—8 M., Wickelmacher 2.50 bis 3.50 M., bei entrippter Einlage.  
**Richard Martin, Cig.-Fabrik, Kreischa.**

**Roh-Tabak.**  
 Sumatras in jeder Preislage, vorzüglich brennend und sehr gut deckend, empfiehlt zu äußerst billigen Preisen. Als besonders preiswert empfehle:  
 W & VS Deli Langhart D S III, mittelfarbig 1.50  
 Medan Tabak My R L III, ganz hell 2.—  
 Deli Ba My Tandem S III, mittelfarbig 2.25  
 Deli A S S II, mittelfarbig 2.25  
 Senemba My J S III, mittel bis hell 2.35  
 Deli My D Langhart S S II, mittelfarbig 2.50  
 Senemba My P/Q S II, mittelfarbig 3.—  
 Amsterdamer Deli Co R II, hell 3.60  
 M & K Langhart 1896 R I, hell 4.25  
 Deli My A S II 5.10  
**Guten alten Uckermärker,** 2 Pfd. 70  $\delta$  bei Abnahme von 1 Ctr. 68.—  
**Bernhard Segal, Cottbus.**

**Achtung, Kollegen!**  
**Einzig Fabrik Berlins**  
 in Wickelformen, Formpressen sowie sämtlichen Bedarfsartikeln für Cigarren-Fabriken und -Handlungen, Formpressen, ganz aus Eisen, von Mt. 8.25 an. Preisbuch mit Abbildungen auf Wunsch sofort.  
 Jeder verlange unser neuestes Roh-Tabak-Verzeichnis, welches kostenlos sofort versandt wird.  
 Berlin NO.  
**L. Cohn & Co.,** Georgenkirchstr. 64.

Gesucht ein Kottler Cig.-Arbeiter der selbst Wickel macht. Lohn bei freier Zurückkunft 8 M. Julius Lewig, Kallberg-Küdersdorf, Schulstraße 38.

Gin zuverlässiger Cigarrenmacher m. Wickel-macher auf alle Façon sucht sofort dauernde Beschäftigung (auch Hausarbeit). Off. erbeten unt. Y. 222 an die Exped. d. Bl.

Junger tüchtiger Cigarrenarbeiter sucht für sofort dauernde Stellung. Gest. Offerten unter A. 10 an die Exped. d. Blattes erbeten.

Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Cigarrenmacher Anton Veszer aus Katibor befindet, werden ersucht, mir dessen Adresse zukommen zu lassen. Porto wird vergütet.  
**Paul Roskosh, 2. Bevollmächtigter**  
 Oppeln, Kräuterei Nr. 8.

Unserem Freund und Kollegen Julius Dressler zu seinem am Sonntag den 17. Juni stattfindenden 24. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Kollegen der Firma Louis Gröppel.  
 Unserem 3. Bevollmächtigten Adam Daus ein dreifach donnerndes Hoch zu seinem Hochzeitsfeste.  
**Zahlstelle Klein-Kroghenburg.**

**Wilh. Heidenreich** aus Berlin, Deine Invalidenkarte befindet sich in meinem Besitz. Die Beibehaltung werden erlucht, denselben darauf aufmerksam zu machen. H. Schwemme, 1. Bevollmächtigter Neumarkt i. Schl., Junkerstraße 28.

**Codes-Anzeige.**  
 Am 11. Juni starb nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege und langjähriger Kassierer der örtlichen Verwaltung der Centr.-Krank. u. Sterbefälle der Tabakarbeiter Paul Rieger aus Rannburg a. d. E. an der Berufskrankheit. Er war ein treues Mitglied beider Kassen.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Tabakarbeiter Böbans.**

**Briefkasten.**  
 A., Page 50  $\delta$  — B., Klein-Kroghenburg 80  $\delta$  — C. & A., Dittig 50  $\delta$  — J. F., Kreischa 50  $\delta$  — P. K., Oppeln 60  $\delta$ .